

<p>***</p> <p style="text-align: center;"><u>Datum : 10.08.2022</u></p>	<p style="text-align: right;">Amtsgericht / Familiengericht Mosbach Hauptstraße 10 74821 Mosbach FAX: +49626187639</p>
<p>EINLADUNG ZUR PROZESSBEOBACHTUNG !!! ZUR AUFARBEITUNG VON NATIONALSOZIALISTISCHEM UNRECHT UND NATIONALSOZIALISTISCHEN VERBRECHEN BEIM AMTSGERICHT MOSBACH</p> <p>6F 9/22</p>  <p>Strafanzeige gegen Angehörige des Mosbacher SS-Zuges zur Überprüfung einer weiteren Beteiligung an der NS-Judenverfolgung und am Holocaust nach der Zerstörung der Synagoge in Mosbach</p> <p style="text-align: center;">www.nationalsozialismus-in-mosbach-baden.de</p>	
<p style="text-align: center;">6F 9/22</p> <p>Direktor des Amtsgerichts Mosbach Dr. Lars Niesler Hauptstraße 10, 74821 Mosbach +49626187639 und +49626187460 poststelle@AGMosbach.justiz.bwl.de Amtsgericht / Familiengericht Mosbach Hauptstraße 10 74821 Mosbach FAX: +49626187639</p>	<p style="text-align: center;">Aktenzeichen 3.23214</p> <p>Erster Landesbeamter am Landratsamt Dr. Björn-Christian Kleih 06261/84-4700 bjoern-christian.kleih@neckar-odenwald-kreis.de Jugendamt Neckar-Odenwald-Kreis Marion Walter-Hannak Renzstr. 12, 74821 Mosbach Fax +496261844740 Leonie Müller Eberstadter Straße 52, 74722 Buchen Fax: +49628152124742</p>
<p>Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – VVN/BdA berlin@vvn-bda.de, pankow@vvn-bda.de, webmaster@vvn-bda-lg.de</p>	<p style="text-align: center;">E 313/1 – 12/2022</p> <p>Präsidentin des Landgerichts Mosbach Jutta Kretz Hauptstraße 110, 74821 Mosbach +4962618733 poststelle@lgmosbach.justiz.bwl.de</p>
<p style="text-align: center;"><u>1403 (2022)-Z5 2085/2022</u></p> <p>Bundesminister der Justiz, Dr. Marco Buschmann, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin +4930185809525 internetpost@bundesregierung.de</p>	<p style="text-align: center;"><u>JUMRIX-E-1402-41/878/4</u></p> <p>Ministerin Marion Gentges Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg Schillerplatz 4, 70173 Stuttgart +497112792264 poststelle@jum.bwl.de</p>
<p>Antidiskriminierungsstelle des Bundes beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben Glinkastraße 24, 10117 Berlin +49301855541865 beratung@ads.bund.de</p>	<p>Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder Regierungspräsidium Karlsruhe Schlossplatz 1 - 3 76131 Karlsruhe pressestelle@rpk.bwl.de, poststelle@rpk.bwl.de</p>

Bildungsstätte Anne Frank Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main info@bs-anne-frank.de	Auswärtiges Amt Fachstelle Entschädigung und Wiedergutmachung für NS-Unrecht 11013 Berlin Fax: +49 30 5000 51000 poststelle@auswaertiges-amt.de
Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus beim Bundesministerium des Innern und für Heimat, Herr Dr. Felix Klein, poststelle@bmi.bund.de	Bundesbeauftragte für Antirassismus beim Kanzleramt, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration Reem Alabali-Radovan reem.alabali-radovan.ma02@bundestag.de moin-wahlkreis@reem-alabali-radovan.de
Jüdische Gemeinde Pforzheim Emilienstrasse 20-22, 75172 Pforzheim E-Mail: info@jgpf.de sekretariat@jgpf.de	Zentralrat der Juden in Deutschland Leo-Baeck-Haus, 10061 Berlin +493028445613 info@zentralratderjuden.de
KZ Kochendorf Gedenkstätte-Salzbergwerk Bad Friedrichshall Stadtmarketing Bad Friedrichshall +497136832142 tourist@friedrichshall.de	KZ-Gedenkstätte Neckarelz Mosbacher Straße 39 74821 Mosbach - Neckarelz +496261672381 vorstand@kz-denk-neckarelz.de

6F 9/22 beim AG/FG Mosbach
OFFIZIELLE ANTRÄGE AN DAS AMTSGERICHT-FAMILIENGERICHT MOSBACH :

Strafanzeige gegen Angehörige des Mosbacher SS-Zuges zur Überprüfung einer weiteren Beteiligung an der NS-Judenverfolgung und am Holocaust nach der Zerstörung der Synagoge in Mosbach

Verteilerliste : Nach einfacher Faxübermittlung an AG MOS mindestens weitere vier Kopien der KV-Eingaben postalisch per Einschreiben an das AG/MOS zur jeweiligen Verteilung durch das AG MOS an die amtsseitig bekannte Verteilerliste der Verfahrensbeteiligten gemäß gerichtlicher Absprache vom 25.04.2022 unter 6F 9/22.

Hiermit ergeht der zuvor benannte offizielle Strafantrag an das AG/FG Mosbach unter 6F 9/22 vom 10.08.2022.

BEGRÜNDUNG UND GLAUBHAFTMACHUNG:

(1) Angehörige des Mosbacher SS-Zuges dringen am 10.11.1938 während des Novemberpogroms in das jüdische Gotteshaus ein, demolieren die Einrichtungen, verbringen das zerschlagene Mobiliar und die Kultgegenstände aus der Synagoge heraus auf den Mosbacher Marktplatz. (2) Auf dem Platz vor dem Mosbacher Rathaus erhebt sich ein Scheiterhaufen, zerschlagene Möbelstücke, Bücher mit hebräischen Schriftzeichen und obenauf, an einer Stange, ein Zylinder auf der Spitze des Brandhaufens. (3) Die Hitler-Jugend, die Schulkinder sowie eine große Menschenmenge sehen der Verbrennung der Einrichtung sowie der jüdischen Kultgegenstände der Synagoge in Mosbach zu. (4) Die Mosbacher Synagoge wird daraufhin angezündet und niedergebrannt. Die Feuerwehr schützt die benachbarten Häuser mit Wasser in der Mosbacher Innenstadt, damit das Feuer von der brennenden Synagoge nicht überspringt. Nicht-Wiederaufbau der Synagoge sowie besondere lokale Erinnerungs- und Gedenkkultur in Mosbach: (5) Die Ruine der Synagoge in Mosbach wird 1938 in den Tagen nach dem Novemberpogrom abgerissen und aus dem Mosbacher Stadtbild entfernt. (6) Der Platz der Synagoge in Mosbach wird danach zunächst als Holzlagerplatz benutzt und dann werden in den 1950er Jahren auf dem ehemaligen Platz der Mosbacher Synagoge Garagen erbaut. (7) An einer dieser Garagen aus den 1950er-Jahren wird dann 31 Jahre später in 1969 eine Gedenktafel für die Mosbacher Synagoge angebracht. (8) 1985/86 werden diese Garagen dann 48 Jahre später abgerissen und dieser Platz als Gedenkstätte neu gestaltet. (9) Zum Jahrestag des Novemberpogroms 1938 werden 75 Jahre später im November 2013 die Namen von 68 jüdischen Holocaust-Opfern in den

Gedenkstein am Synagogenplatz eingraviert. Unzureichende Aufarbeitung durch die Mosbacher Justiz ?: (10) Bisher ist öffentlich nichts darüber bekannt, dass die Angehörigen des verantwortlichen Mosbacher SS-Zuges wegen Sachbeschädigung und Brandstiftung eines zu gottesdienstlichen Versammlungen bestimmten Gebäudes während der Nachkriegszeit von der Mosbacher Justiz angeklagt und verurteilt wurden. (11) Es wird davon ausgegangen, dass somit seitens der Justiz in Mosbach auch nicht überprüft wurde, inwieweit sich die Angehörigen des verantwortlichen Mosbacher SS-Zuges gegebenenfalls weiterhin nach dem Novemberprogramm in 1938 an der Judenverfolgung und am Holocaust beteiligt haben könnten. **ANTRAG AUF VERFAHRENSBESCHLEUNIGUNG**: Hiermit ergeht der Antrag auf Verfahrensbeschleunigung in vorliegender Rechtssache gegen möglicherweise noch lebende NS-Täter. **SACHVERHALTSMITTLUNG- UND AUFKLÄRUNGSPFLICHT DES GERICHTS**: Das Gericht selbst ist von Amtswegen zur umfassenden Sachverhaltsermittlung und -aufklärung nach § 26 FamFG, § 27 FamFG, § 44 FamFG, § 138 ZPO verpflichtet, um möglichst eine Verletzung der Ansprüche auf rechtliches Gehör und faires Verfahren nach § 10 AEMR, § 6 EMRK, § 103 Abs. 1 GG sowie auf die Achtung des Familienlebens nach § 8 EMRK sowie auf das Recht auf Meinungsfreiheit § 19 AEMR, § 11 EMRK, § 5 GG sowie auf das Recht auf Diskriminierungsverbot § 14 EMRK auszuschließen.

GERICHTLICH EINZUHOLENDE STELLUNGNAHMEN

Beim hier fallverantwortlichen Spruchkörper des Amtsgerichts Mosbach wird unter 6F 9/22 offiziell beantragt von allen Verfahrensbeteiligten inklusive der involvierten Fachstellen (Jugendamt Neckar-Odenwaldkreis beim Landratsamt Mosbach unter Aktenzeichen 3.23214 und der gerichtlich bestellten Verfahrensbeiständin) offizielle Stellungnahmen in der hier anhängigen Rechtssache „Strafanzeige gegen Angehörige des Mosbacher SS-Zuges zur Überprüfung einer weiteren Beteiligung an der NS-Judenverfolgung und am Holocaust nach der Zerstörung der Synagoge in Mosbach“ ordnungsgemäß und vollständig zeitnah einzuholen.

INTERNET-VERÖFFENTLICHUNGEN

Hiermit erfolgt offiziell die Antragsteller-Freigabe des vorliegenden Antrages vom 10.08.2022 unter 6F 9/22 in vorliegender Rechtssache „Strafanzeige gegen Angehörige des Mosbacher SS-Zuges zur Überprüfung einer weiteren Beteiligung an der NS-Judenverfolgung und am Holocaust nach der Zerstörung der Synagoge in Mosbach“ zur frei zugänglichen Veröffentlichung in den Internetpräsenzen des Amtsgerichts Mosbach sowie der BRD-Justizinstitutionen sowie in den Internetpräsenzen der BRD-Universitäten und Fachhochschulen sowie in den Internetpräsenzen sämtlicher BRD-Bildungseinrichtungen. Der vorliegende Strafantrag in vorliegender Rechtssache beim Amtsgericht-Familiengericht Mosbach wird mit begleitender Falldokumentation auf der folgenden Website frei zugänglich im Internet veröffentlicht: Die Internet-Präsenz " Nationalsozialismus in Mosbach - Baden und Württemberg : Rechtsextremismus und Neofaschismus : Rassismus und Diskriminierung : Anti-Semitismus : Homophobie " ist ein Linkportal und Informationsangebot zu regionalen Ereignissen im Prioritäten-Fokus zu Mosbach, Baden und Württemberg.
<http://www.nationalsozialismus-in-mosbach-baden.info/>

Beim fallverantwortlichen Spruchkörper am Amtsgericht Mosbach wird hiermit am 10.08.2022 unter 6F 9/22 die Veranlassung mit transparenter Bestätigungsmitteilung an alle Verfahrensbeteiligten beantragt, die hier anhängige RECHTSSACHE mit kritischer Dokumentation sowie die entsprechende Verfahrens- und Falldokumentationen auf den Internet-/bzw. Websites des Amtsgericht Mosbach frei zugänglich zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
